

03. 06. 76

Sachgebiet 751

Bericht

des Haushaltsausschusses (8. Ausschuß)
gemäß § 96 der Geschäftsordnung

zu dem von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf eines
Vierten Gesetzes zur Änderung des Atomgesetzes (AtG)
— Drucksachen 7/4794, 7/5293 —

Bericht des Abgeordneten Walther

Der Gesetzentwurf ist mit der Haushaltslage vereinbar.

Der Gesetzentwurf befaßt sich im wesentlichen mit der Ablieferung und Behandlung von radioaktiven Abfällen sowie mit deren Endlagerung in bundeseigener Verwaltung. Insbesondere wird dadurch die Möglichkeit geschaffen, eine bundeseigene unterirdische Lagerstätte für sämtliche im Bundesgebiet anfallenden radioaktiven Abfälle zu errichten. Es ist geplant, die für die Abfallendlagerung entstehenden Kosten letztlich durch Benutzungsgebühren von den Verursachern der Abfälle tragen zu lassen. Bis zur Inbetriebnahme des Endlagers notwendige Kosten sollen aus Bundesmitteln vorgeleistet werden, soweit nicht Vorausleistungen auf die Gebühren erhoben werden können.

Die Kosten für die Beschaffung von Grundstücken und für die erste Rate der Herrichtung eines Endlagers werden auf 140 000 000 DM geschätzt (Hin-

weis auf die Erläuterungen zu Kap. 30 05 Tit. 893 27 des Entwurfs des Bundeshaushalts 1976). Diese Kostenschätzung ist aber noch wenig konkret.

Von diesem Betrag werden nach der derzeit geltenden Finanzplanung zunächst 36 000 000 DM erforderlich, die sich auf die folgenden Jahre voraussichtlich wie folgt verteilen:

1977	5 000 000 DM
1978	12 000 000 DM
1979	19 000 000 DM.

Die übrigen Kosten werden danach anfallen. Ebenso ein weiterer Betrag von 140 000 000 DM, der dann für die Endausstattung des Endlagers eingeplant werden muß, aber durch Benutzungsgebühren von den Verursachern der Abfälle getragen werden wird. Dieser Bericht beruht auf der vom federführenden Innenausschuß vorgeschlagenen Fassung des Gesetzentwurfs.

Bonn, den 2. Juni 1976

Der Haushaltsausschuß

Leicht	Walther
Vorsitzender	Berichterstatler